

1. Theoretische und methodische Vorüberlegungen

Das folgende Kapitel dient der Darstellung theoretischer Annahmen und Vorüberlegungen, auf denen die empirischen Analysen der nachfolgenden Kapitel fußen. Grundsätzlich muss jede Diskursanalyse mit der Problematik umgehen, dass sie nicht von einer einfachen Ursache-Wirkungs-Relation ausgehen kann, insofern diskurstheoretisch ein reziprokes, genauer noch zirkuläres Verhältnis von Ursache und Wirkung angenommen wird, das seine Wirkung über Akte permanenter Wiederholung erzeugt. Diese Annahme macht eine klare Abgrenzung zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen nicht möglich und beinhaltet konsequenterweise die Beschränkung auf eine deskriptive Herangehensweise an den Untersuchungsgegenstand. So wie Michel Foucault – salopp formuliert – weniger ein Theoretiker des „Warum“ als des „Wie“ ist, beschäftigt sich die auf ihn zurückgehende Diskursanalyse weniger mit den Ursachen sozialer Tatsachen und vielmehr damit, welchen Platz sie im Verhältnis zu anderen sozialen Tatsachen einnehmen und welche Wirkungen sie entfalten, nicht aber damit, warum es zu dieser oder jener Wirkung kommt.¹ In diesem Sinne werde ich im Folgenden weder die Richtigkeit

¹ Besonders deutlich wird dies in der *Ordnung der Dinge*, Foucault (1974).

verschiedener Europavorstellungen zu ergründen suchen, noch der Frage nach der Entstehung der verschiedenen kulturpolitischen Programme der Europäischen Union nachgehen. Vielmehr liegt der Schwerpunkt der Arbeit auf der Frage, welche Konzepte einer europäischen Identität verhandelt, welche von diesen in der EU-Kulturpolitik aufgenommen und wie sie an ein breites Publikum vermittelt werden.

Die folgenden Absätze beschäftigen sich zunächst mit dem Verhältnis von individueller, kollektiver und kollektiver europäischer Identität, um daran anschließend die Fragestellung, den Untersuchungsgegenstand und die methodische Vorgehensweise der Arbeit zu verdeutlichen. Dabei werde ich vorschlagen, einige methodische Schwierigkeiten der foucaultschen Diskursanalyse durch den Rückgriff auf die Feldtheorie Pierre Bourdieus zu überwinden.

1.1 Kollektive Identität als Ergebnis eines Identifikationsprozesses

Davon ausgehend, dass Identität den Menschen und Dingen nicht immanent ist, wird zunächst der Frage nachgegangen, wie Individuen oder Gruppen zu etwas gelangen, das man Identität nennt, also zu etwas, das eine zeitliche und personale Kontinuität nicht nur unterstellt, sondern diese angenommene Kontinuität darüber hinaus im Alltag als Realität erleben lässt. Schon der Begriff „Identität“ verweist auf die Annahme, dass die Identität eines Individuums genau das ist, was gleich und konstant – eben identisch – bleibt. So schreibt auch Erik H. Erikson in seiner für die Identitätsforschung grundlegenden Definition:

„Das bewußte Gefühl, eine *persönliche Identität* zu besitzen, beruht auf zwei gleichzeitigen Beobachtungen: der unmittelbaren Wahrnehmung der eigenen Gleichheit und Kontinuität in der Zeit, und der damit verbundenen Wahrnehmung, daß auch andere diese Gleichheit und Kontinuität erkennen.“ (Erikson 1973: 18)

Nach dieser Definition ist es weniger entscheidend, ob die Identität tatsächlich gleich bleibt, sondern dass sie vom Individuum als gleich bleibend wahrgenommen und dass diese Form der Selbst-

wahrnehmung von einer Fremdwahrnehmung bestätigt wird. Die von Erikson betonte Notwendigkeit einer übereinstimmenden Eigen- und Fremdwahrnehmung verweist darauf, dass Identität keineswegs ein natürliches oder in sich evidentes Phänomen darstellt, sondern der sozialen Bestätigung bedarf. Dies legt die Schlussfolgerung nahe, dass Individuen ohne die Bestätigungen ihres sozialen Umfeldes keine Identität ausbilden können. Identität scheint sich demnach im Wechselspiel mit der sozialen Welt zu entwickeln.

Stuart Hall schlägt vor, statt von der Identität als einem abgeschlossenen Ding von *Identifikation* zu sprechen, und diese als einen andauernden Prozess zu verstehen.² Durch den Verweis auf die Prozesshaftigkeit teilt Hall mit Erikson die Annahme, dass Identität nicht bereits im Inneren vorhanden ist. Vielmehr entsteht sie aus einem Mangel an Ganzheit, der durch die Vorstellung des Individuums, wie es von anderen gesehen wird, von außen gefüllt wird. Unter Bezugnahme auf Jacques Lacan unterstellt Hall eine permanente Suche nach Identität, mit dem Ziel, die verschiedenen Teile des „Ichs“ zu einer Einheit zu verknüpfen (vgl. Hall 1994: 196f).³

Auch Rainer Lepsius betont, dass die Ausbildung von Identität ein Objekt voraussetzt, das sich als Einheit versteht, sich gegen andere abgrenzt und sich als solches auch selbst beschreibt (vgl. Lepsius 1997: 949ff). Damit verschiebt sich die eher passiv anmutende Konzeption von Identitätsbildung über Selbst- und Fremdwahrnehmung hin zu einer Konzeption, in der die aktive Bewegung des Individuums zu einem Objekt, mit dem es sich identifiziert, im Vordergrund steht. Diese Bewegung auf ein Objekt hin kann sowohl intentional als auch nicht intentional sein. Das Identifikationsobjekt, auf das sich das Individuum hin entwirft, kann

2 Vgl. hierzu auch Fokkema (1999: 50ff), der zur Ablösung eines statischen, essentialistischen Identitätsbegriffs ebenfalls einen stärker handlungsorientierten Identifikationsbegriff für Europa vorschlägt.

3 Auf die unabgeschlossene Diskussion, warum Individuen dazu tendieren, eine Einheit sein zu wollen, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht eingegangen werden. Für unsere Zwecke genügt es, von einem gewissen Willen zu einer einheitlichen Identität auszugehen. Ausführlich diskutiert wird diese Frage vor allem bei Jacques Lacan (1991) und im Anschluss an sein Werk von Judith Butler (2001).

innerhalb und außerhalb des Individuums verortet werden. Auf individueller Ebene ist dieses Objekt das „Ich“. ⁴ Eine *kollektive* Identität entsteht nach Lepsius, wenn eine Gruppe von Individuen sich mit den gleichen Objekten identifiziert und sie sich dieser Gemeinsamkeit außerdem bewusst ist. Es ist folglich eine kollektive Identifikationsbewegung, die die Individuen zu einem kollektiven Subjekt vereint. ⁵

Jürgen Gerhards, der ebenfalls davon ausgeht, dass eine Identität über den Prozess der Identifikation entsteht, empfiehlt, für die empirische Untersuchung kollektiver Identität zwischen drei Bestimmungselementen des Begriffs der Identifikation zu unterscheiden: Erstens gibt es ein Subjekt, das sich mit etwas identifiziert, zweitens ein Objekt der Identifikation und drittens eine spezifische Relation zwischen dem Subjekt und dem Objekt (vgl. Gerhards 2003: 467ff). Auf die von Gerhards aufgezeigten Möglichkeiten, anhand dieser Dreiteilung den Prozess europäischer Identitätsbildung empirisch zu erfassen, möchte ich im Folgenden kurz eingehen, um im Anschluss daran ein alternatives Konzept vorzuschlagen.

1.1.1 Subjekt der Identifikation

In der Europäischen Union sind das Subjekt des Identifikationsprozesses die dort ansässigen Bürger/innen. Da mit Art. 8 EVG (heute Art. 17) 1993 eine Unionsbürgerschaft eingeführt wurde, nach der Unionsbürger/in ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates besitzt, sind genau genommen die Bürger/innen der Mitgliedsländer das „Volk“ der Europäischen Union und auf

4 Vgl. hierzu auch Hall (1999: 91f)

5 Es kommt an dieser Stelle nicht darauf an, ob kollektive Identität, wie Durkheim annimmt, mehr ist als die Summe aller individuellen Identitäten und eine Realität an sich darstellt. Entscheidend ist vielmehr, dass die Partizipation an kollektiven Identitäten einen integralen Bestandteil jeder individuellen Identität bildet, und damit mit der Frage nach den maßgeblichen kollektiven Identitäten der Frage nach der Art und Weise der Einbindung von Individuen in Kollektive (von denen die Gesellschaft nur eines ist) nachgegangen werden kann.

diese Weise die Subjekte des Identifikationsprozesses.⁶ Mit der Aufnahme eines Staates in die Europäische Union erwerben seine Angehörigen automatisch die Unionsbürgerschaft; gleiches gilt für die Einbürgerung von Personen in einen Mitgliedstaat.

Bedingt durch den fortgesetzten Prozess der EU-Erweiterung bilden die Bürger/innen der Union, anders als in den Nationalstaaten, keine feste Größe. Zwar bleiben auch die Bürger/innen der Nationalstaaten nicht identisch und dies nicht nur aufgrund von Zu- oder Abwanderung, sondern auch durch Tod und Geburt neuer bzw. alter Mitglieder. Bei Nationalstaaten besteht jedoch zumindest die glaubhafte Fiktion einer hohen personalen Kontinuität, die die Identifikation mit dem Demos erleichtert. Die Durchsetzung einer solchen Fiktion ist in der Europäischen Union erst dann denkbar, wenn keine Diskussionen über mögliche Erweiterungen mehr stattfinden. Dieser Zustand wird frühestens erreicht sein, wenn die Europäische Union eine definitive Entscheidung über einen Beitritt von Albanien, Island, Kroatien, Makedonien, Moldawien, Norwegen, Bosnien-Herzegowina, Russland, der Schweiz, der Staatenunion Serbien und Montenegro, der Türkei, der Ukraine, von Weißrussland und vermutlich auch von Israel gefällt hat. Allein die Liste möglicher Beitrittskandidaten deutet darauf hin, dass diese Diskussion erst in ferner Zukunft abgeschlossen sein wird.

1.1.2 Objekte der Identifikation

Wenn die Herausbildung eines Demos, wie Dieter Fuchs betont, die Identifikation der Bürger/innen mit dem Demos insgesamt und mit seinen Mitgliedern voraussetzt (vgl. Fuchs 2000: 219f), dann ergeben sich aus einer sich ständig verändernden Anzahl von Bürger/innen und damit der Größe des Demos beachtliche Probleme. Weil das Objekt, mit dem sich das Subjekt in diesem Fall identifizieren soll, es selbst ist und eine Identifikation kein

6 Die Unionsbürgerschaft ist an die Staatsbürgerschaft gebunden und ersetzt diese nicht. Eine Änderung dieser Bindung der Unionsbürgerschaft an die Staatsangehörigkeit ist auch im Verfassungsentwurf, wie ihn der Europäische Konvent im Juli 2003 vorlegte, nicht vorgesehen.

einmaliger Akt ist, sondern einer permanenten Wiederholung bedarf, stört eine permanente Veränderung des Subjekts und des Objekts die Entwicklung einer europäischen Identität. Dies gilt auch dann noch, wenn man unterstellt, dass nicht die Bürger/-innen selbst in ihrer heterogenen und vielschichtigen Wirklichkeit das Objekt darstellen, mit dem sie sich identifizieren, sondern die Identifikation mit bestimmten homogenisierten Vorstellungen von einem europäischen Selbst erfolgt.

Bei der Frage, welches die Identifikationsobjekte einer Europäischen Union sein könnten, stellt Gerhards die räumlich territoriale Dimension Europas als ein Kontinent in den Vordergrund, die in einem zweiten Schritt mit bestimmten Inhalten aufgeladen werden könnte. Welche Formen diese Inhalte annehmen sollten, bestimmt er nicht näher (vgl. Gerhards 2003: 467ff). Mit diesem Vorschlag ist jedoch das Problem der Europäischen Union mit der fortgesetzten Veränderung sowohl der Zahl der Unionsbürger/-innen als auch des Umfangs des Gemeinschaftsgebiets nicht behoben, denn auch eine Identifikation mit dem Gemeinschaftsgebiet wäre wiederholten Veränderungen unterworfen, die einer stabilen und starken Identitätsbildung entgegenstehen. Dagegen hätte eine starke Identifikation mit Europa als Kontinent *insgesamt* den Vorzug relativ hoher Stabilität, insofern man sich auf kontinentale Grenzen einigen könnte. Sie hätte jedoch den Nachteil, dass sie die zukünftigen politischen Entscheidungen über Beitrittsverhandlungen stark beeinflussen würde, weil eine starke Identifikation mit Europa insgesamt davon abweichende Grenzverläufe als willkürlich und illegitim erscheinen lassen würde. Aber auch die Definition einer territorialen Grenze lässt noch die Frage offen, wodurch das Gebiet innerhalb der Grenze inhaltlich gekennzeichnet ist.

Da eine kollektive kulturelle Identität in der Regel dadurch gekennzeichnet ist, dass in ihr nicht nur eine, sondern mehrere Identifikationsobjekte eine Rolle spielen⁷, umfasst sie daher zu meist auch konfligierende Vorstellungen und je nachdem, welches die dominanteren Identifikationen sind, ergeben sich unterschiedliche Grade der Homogenisierung von kultureller kollektiver Identität. So sind etwa Sprachkultur, ästhetische Kultur, politische

7 Vgl. hierzu insbesondere Hall (1994: 180ff).

Kultur und religiöse Kultur Aspekte kollektiver kultureller Identitäten mit je verschiedenen Objektbezügen.

Die Frage nach den dominanten Identifikationsobjekten entspricht der Frage nach dem privilegierten Signifikanten einer kollektiven europäischen Identität. Auf den ersten Blick bieten sich dafür in der Europäischen Union weder eine gemeinsame Sprachkultur, noch eine einheitliche ästhetische Kultur, Regionalkultur oder politische Kultur, noch eine gemeinsame Religion, noch eine gemeinsame Geschichtsschreibung an. Nachdem keine der aufgezählten Identifikationsobjekte für sich allein zu überzeugen vermag, liegt die Vermutung nahe, dass sich erstens auch eine kollektive europäische Identität aus verschiedenen Identifikationen zusammensetzt, dass sie zweitens zur Zeit einen relativ hohen Grad an Heterogenität aufweist und dass die Europäische Union drittens ein Interesse daran hat, sie zu homogenisieren, damit eine Identifikation der Unionsbürger/innen mit gleichen Identifikationsobjekten überhaupt möglich wird.

1.1.3 Verhältnis von Subjekt und Identifikationsobjekt

Als drittes Bestimmungselement des Identifikationsbegriffs nennt Gerhards das spezifische Verhältnis zwischen Subjekt und dem Identifikationsobjekt. Für die empirische Erfassung des Identifikationsprozesses schlägt er eine Unterscheidung zwischen zwei Dimensionen vor:

„Identifikation hat zum einen eine *kognitive Dimension* und bezeichnet dann die Wahrnehmung eines Einstellungsobjektes als ein spezifisches Einstellungsobjekt; Identifikation hat zum anderen eine *affektiv-evaluative Dimension* und bezeichnet dann ein starkes Zugehörigkeitsgefühl mit einem wahrgenommenen Identifikationsobjekt.“ (Gerhards 2003: 468)

Eine Identifikation mit Europa bedingt für Gerhards also zunächst die Wahrnehmung eines territorial begrenzten Raumes als Identifikationsobjekt, der mit bestimmten Inhalten aufgeladen ist. Über eine Identifikation mit diesem inhaltlich und territorial gebundenen Objekt kann sich dann bei den Bürger/innen der Mitgliedsländer ein zunehmendes Gefühl der Zugehörigkeit zu diesem mit bestimmten Vorstellungen gefüllten Raum und seinen Bewoh-

ner/innen entwickeln. Gerhards verbindet das Subjekt mit einem Identifikationsobjekt über kognitive Wahrnehmung und affektive Zuneigung, wobei erstere die Voraussetzung für die Zuneigung bildet.

Im Folgenden möchte ich zeigen, dass es bei der Etablierung eines europäischen Demos nicht darum geht, dass ein gegebenes Subjekt – hier die Bürger/innen der EU – sich mehr oder weniger stark mit bestimmten Objekten – sei es nun der Demos selbst, politische Institutionen oder territorial gebundene kulturelle Gemeinsamkeiten – identifiziert. Der Prozess kollektiver Identitätsbildung verläuft meines Erachtens vielmehr umgekehrt, in dem Sinne, dass das Subjekt der Identifikation im Prozess der Etablierung einer kollektiven Identität erst geschaffen wird. Die Frage, wie sich der Prozess einer Identifikation der europäischen Bürger/innen mit Europa vollziehen soll, damit diese eine kollektive Identität ausbilden, dreht sich auf diese Weise um, und lautet: Welches sind die Prozesse, in denen europäische Subjekte produziert werden?

1.2 Subjekte und Identifikationsobjekte als Effekte diskursiver Praxis in der diskurstheoretischen Tradition Michel Foucaults

Um diese Frage zu beantworten, möchte ich zunächst den Zusammenhang zwischen individuellen und kollektiven Subjekten und Identifikationsobjekten unter Bezugnahme auf diskurstheoretische Überlegungen begrifflich präzisieren. In einem zweiten Schritt sollen dann Überlegungen angestellt werden, wie die Prozesse kollektiver Identitätsproduktion empirisch erfasst werden können.

Zunächst möchte ich kurz auf den Diskursbegriff eingehen und die Arbeit dadurch in der diskurstheoretischen Tradition Michel Foucaults verorten. Reiner Keller et al. unterscheiden zwischen vier Richtungen der Verwendung des Diskursbegriffs: der discourse analysis, der Diskursethik, der kulturalistischen Diskursanalyse und der Diskurstheorie (vgl. Keller et al. 2001: 10ff).

Die *discourse analysis* hat sich in (sozio-)linguistischen, linguistisch-pragmatischen und ethnomethodologisch-konversationsanalytischen Ansätzen herausgebildet und ist besonders im angelsächsischen Raum verbreitet. Sie dient der Analyse des konkreten, vor allem des mündlichen Sprachgebrauchs sowie der Organisation von Sprecher/innen- und Themenwechseln, der Nutzung impliziten Referenzwissens und der sozialstrukturellen Prägung des Sprachgebrauchs. Daher ist die *discourse analysis* weniger mit Diskursanalyse als mit Gesprächs- oder Konversationsanalyse zu übersetzen.

Der Ansatz der *Diskursethik* wurde von Jürgen Habermas im Rahmen seiner „Theorie des kommunikativen Handelns“ herausgebildet. Der Begriff des Diskurses wird in diesem Zusammenhang verwendet, um argumentative Auseinandersetzungen zu bezeichnen, die spezifischen Verfahrensprinzipien folgen und in denen die Beteiligten ihre Positionen mit begründungspflichtigen Argumenten rechtfertigen müssen. Die von Habermas formulierte Diskursethik entspricht normativen Verfahrens- und Orientierungsprinzipien für Diskussionsprozesse, die größtmögliche Verfahrensgerechtigkeit bei der Klärung strittiger Fragen erlauben sollen. Die Idealvorstellung wäre der herrschaftsfreie Diskurs (vgl. Habermas 1981).

Der Diskursbegriff der *kulturalistischen Diskursanalyse* geht dagegen auf den amerikanischen Pragmatismus bzw. die verstehende Soziologie Max Webers zurück. Gesellschaftliche Wissensordnung wird als Resultat von kollektiv-interaktiven Herstellungen begriffen, also öffentlichen Symbolen, sozialen Handlungen und Praktiken. Von der foucaultschen Perspektive unterscheidet sie sich durch stärkere handlungstheoretische und hermeneutisch-interpretative Grundlegungen. Betont werden dabei der Prozess der sozialen Konstruktion und Typik sowie die relative Autonomie kultureller Sinnzusammenhänge.

Im Anschluss an die strukturelle Linguistik Ferdinand de Saussures hat sich vor allem in Frankreich eine diskurstheoretische Diskussion herausgebildet. Gefragt wird nach der Bedeutung der Zeichen, der Sprache und der konkreten Sprechpraxis für die Entstehung von Ideologien und Wissensordnungen. Zu nennen sind hier insbesondere Louis Althusser, Jacques Derrida, Jacques Lacan, Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bedeutendster Vertreter dieses Ansatzes ist Michel Foucault, der in „Die Ordnung des

Diskurses“ und „Die Archäologie des Wissens“ eine allgemeine *Diskurstheorie* entwickelt hat. Foucault versucht, den Zusammenhang von Wissen und Macht mit den institutionellen und diskursiven Formen der Subjektkonstitution zu erfassen, also den Zusammenhang von übersubjektiven Wissensordnungen und diskursiven Praktiken, den formalen Bedingungen der Produktion von Wissenscodes, den Regeln der Produktion und Kontrolle von Diskursen und der Erzeugung, Aufrechterhaltung und Transformation von gesellschaftlichen Wissensbeständen. Die vorliegende Arbeit bezieht sich vornehmlich auf diesen Diskursbegriff.

Foucault versteht unter Diskursen regelgeleitete Praktiken, die sich nicht in der Repräsentation und der Bezeichnung von Gegenständen erschöpfen, sondern diese vielmehr hervorbringen. Die Aufgabe, die Diskurse zu analysieren, ist mit Foucaults Worten:

„Eine Aufgabe, die darin besteht, nicht – nicht mehr – die Diskurse als Gesamtheiten von Zeichen (von bedeutungstragenden Elementen, die auf Inhalte oder Repräsentationen verweisen), sondern als Praktiken zu behandeln, die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen. Zwar bestehen diese Diskurse aus Zeichen; aber sie benutzen diese Zeichen für mehr als nur zur Bezeichnung der Sachen. Dieses *mehr* macht sie irreduzibel auf das Sprechen und die Sprache. Dieses mehr muß man ans Licht bringen und beschreiben.“ (Foucault 1981: 74)

In der *Diskurstheorie* wird mit anderen Worten davon ausgegangen, dass etwas erst dann als Realität wahrgenommen werden kann, wenn es in ein Feld „positiven Wissens“ eingeschrieben ist, was zugleich bedeutet, dass etwas in die soziale Realität eingeführt wird, indem es zum Gegenstand diskursiv geregelter und sprachlich artikulierten Wissens wird:

„Diskurse nehmen – als beschreibbare und ‚meßbare‘ Einheiten oder Konfigurationen des Wissens – die Form von sozialen Wissenstypen und -strukturen an, mit denen nach dem Muster von Differenzstrukturen soziale Ordnung gebildet wird. Sie unterliegen als Elemente des kulturellen Unbewußten allen diskursiven Formationen, die derselben Gesamtheit von Regeln unterworfen sind. Diskursformationen bilden daher, wenngleich von einer Differenz von Diskursen und sozialer, ma-

terieller Wirklichkeit ausgegangen werden muß, zugleich soziale Formationen.“ (Bublitz 2001: 240)

Sprache und Schrift werden diskurstheoretisch nicht mehr als neutrales Abbildungswerkzeug einer an sich sinnhaften Realität oder als Zeichensystem, in dem eine vorhandene, reale Welt ihren symbolischen Ausdruck findet, verstanden. Statt von einem unmittelbaren Zugang zur Wirklichkeit auszugehen, zeigen diskurstheoretische Ansätze vielmehr, dass Repräsentationen immer schon auf die produktive Macht der Zeichen verweisen. Hannelore Bublitz fasst diesen Gedankengang wie folgt zusammen:

„Repräsentationen sind nicht einfach Darstellungen von etwas Wirklichem, bereits vor der Bezeichnung Gegebenem. Sie verweisen vielmehr auf Komplexe der Realitätskonstruktion, in denen sich nicht nur Vorstellungen, Bilder und Kodierungskonventionen verkörpern, sondern in denen in der Bedeutung bereits ein mehr oder weniger willkürliches Konstrukt seinen Ausdruck findet. Das Spektrum der Repräsentation reicht damit von darstellender Verkörperung bis zur dinglichen Realisierung. Der reale Gegenstand wäre dann lediglich ein Attribut der Repräsentation.“ (Bublitz 2003: 29)

Diskurse können entsprechend als Signifikationsstruktur aufgefasst werden. Begriffe wie Ost-, Mittel-, Süd- und Westeuropäer bezeichnen – wie alle anderen Begriffe auch – keine vordiskursiven Gegebenheiten, sondern sie konstruieren im Prozess der Benennung erst das, was sie benennen (vgl. ebenda: 29ff). In diesem Beispiel benennen sie Bevölkerungsgruppen, denen Individuen zugeordnet werden und die durch eine klassifikatorische gesellschaftliche Praxis gegeneinander abgegrenzt und in eine europäische Gesamtpopulation eingeordnet werden. Erst durch die Einordnung in ein Klassifikationssystem erhalten sie eine Bedeutung. Es sind Zeichenordnungen, die aufgrund ihrer konventionellen Verankerung und performativen Artikulation das hervorbringen, was sie bezeichnen bzw. symbolisieren. Als Folge verschwindet die Differenz zwischen Signifikat und Signifikant, denn diese verweisen in einem endlosen Spiel aufeinander. Durch den Signifikanten wird das Signifikat erst zum bedeutenden Gegenstand, das heißt zum Träger von Bedeutung. Damit ist nicht gemeint, dass es keine realen Gegenstände außerhalb der Sprache gibt oder geben kann; es besagt jedoch, dass eine Wahrnehmung von Ge-

genständen, ohne sie zugleich als bedeutende Gegenstände zu verstehen, nicht möglich ist.

Bedeutung ist nichts Vordiskursives, den Gegenständen Immanentes, sondern wird durch Diskurse in einem Netzwerk von Bezugssystemen produziert (vgl. Bublitz 2001: 229ff). Dieses Netzwerk von Bezugssystemen bildet die spezifische Ordnung der Dinge, die insofern kontingent – und veränderbar – ist, als es auch andere Möglichkeiten der Herstellung und Bestimmung einer Ordnung der Dinge gibt.⁸

1.2.1 Wissens- und Bedeutungsproduktion

Diskurse sind keineswegs als herrschaftsfreier Raum zu verstehen, vielmehr produzieren Diskurse in diesem Verständnis Herrschaftseffekte und reproduzieren bestimmte soziale Ordnungen. Diskurse üben Macht aus, indem sie Wissen produzieren und transportieren und insofern dieses Wissen wiederum die Grundlage für individuelles und kollektives Handeln bildet. Macht existiert bei Foucault dabei nicht in abstrakter oder allgemeiner Form, sondern Macht gibt es nur, wenn sie ausgeübt wird, d.h. wenn bestimmte Handlungen auf die Handlungen eines anderen Subjekts einwirken. Macht kann sich jedoch auf permanente Strukturen stützen, um sich in ein zerstreutes Möglichkeitsfeld einzuschreiben. Im Gegensatz zur physischen Gewalt grenzt Foucault Machtverhältnisse als Handlungsweisen ab, die nicht direkt und unmittelbar auf andere Körper einwirken, sondern auf deren Handeln. Es ist ein Handeln auf ein Handeln hin, d.h. auf mögliche oder wirkliche, künftige oder gegenwärtige Handlungen. Während ein Gewaltverhältnis unmittelbar auf die Körper und Dinge einwirkt, indem es sie zu etwas zwingt oder sie zerstört, setzt das Machtverhältnis nicht nur die Existenz dessen voraus, auf das es einwirkt, sondern erkennt auch das Subjekt als ein Subjekt an, auf das es einwirkt. Nach Foucault schließen Machtverhältnisse den Gebrauch von Gewalt und Übereinkünften nicht aus, sie stellen

8 Verortet wird die Möglichkeit zur Veränderung und Transformation sozialer Wirklichkeit von Laclau/Mouffe (1991: 145ff) in der Produktion symbolischer „Überschüsse“, das heißt in der fortwährenden Überdeterminierung der Bedeutung.

jedoch nicht ihre Grundlage dar: Macht wirkt wesentlich subtiler. Als Ensemble von Handlungen in Hinsicht auf mögliche Handlungen operiert sie auf einem Möglichkeitsfeld, durch das das Verhalten der handelnden Subjekte geprägt wird. Es handelt sich dabei um ein mehr oder weniger offenes Feld von Möglichkeiten des Sich-Verhaltens, in dem die Machtausübung in der Schaffung von Wahrscheinlichkeiten des Handelns besteht, die wiederum eng mit der diskursiven Produktion von Wissen zusammenhängt. Macht wirkt demzufolge bei Foucault auf zweierlei Weise: einmal in der Schaffung des Möglichkeitsfelds, auf dem Handlungen überhaupt erst möglich werden, und zweitens in der Schaffung von Wahrscheinlichkeiten, wie die Subjekte innerhalb dieses Möglichkeitsfelds handeln (vgl. Foucault 1994: 254ff).⁹ Diese beiden Wirkungsweisen von Macht fasst Foucault mit dem Begriff des *Gouvernement* zusammen: Regieren bedeutet dann, das Feld eventuellen Handelns der anderen zu strukturieren.¹⁰ Macht ist damit nicht außerhalb von individuellem und kollektivem Handeln zu denken, sondern bedingt und strukturiert dieses:

„Charakteristisch für ein Machtverhältnis ist demnach, daß es eine Weise des Einwirkens auf Handlungen ist. Das heißt, daß die Machtverhältnisse tief im gesellschaftlichen Nexus wurzeln, und nicht über der ‚Gesellschaft‘ eine zusätzliche Struktur bilden, von deren radikaler Aus tiltung man träumen könnte. In Gesellschaft leben heißt jedenfalls so leben, daß man gegenseitig auf sein Handeln einwirken kann. Eine Gesellschaft ‚ohne Machtverhältnisse‘ kann nur eine Abstraktion sein.“ (Foucault 1994: 257)

9 Diese Konzeption von Machtausübung setzt „freie Subjekte“ voraus, denn wenn die Determinierung gesättigt ist, können keine Machtverhältnisse existieren. Die individuellen oder kollektiven Subjekte sind insofern als „frei“ zu verstehen, als vor ihnen ein Feld von Möglichkeiten liegt, in dem verschiedene Handlungen, Reaktionen und Verhaltensweisen stattfinden können. Macht und Freiheit stehen sich bei Foucault (1994: 255) nicht in einem Ausschließungsverhältnis gegenüber, demzufolge die Freiheit verschwindet, wenn Macht ausgeübt wird. Das Verhältnis von Macht und Freiheit ist vielmehr ein äußerst komplexes: Freiheit ist einerseits die Existenzbedingung von Macht, auf der anderen Seite ist sie etwas, das sich gegen die Macht stellen kann.

10 Vgl. hierzu auch Foucault (1992).

Dies bedeutet nicht, dass Foucault die gegebenen Machtverhältnisse als unveränderbar, legitim oder gar optimal versteht, Foucault nimmt vielmehr eine Verschiebung der Perspektive darauf, wie diese Machtverhältnisse analysiert und damit auch verändert werden können, vor. Für eine Analyse dieser Machtverhältnisse schlägt Foucault (vgl. ebenda: 257f) eine Untersuchung folgender Aspekte vor: erstens des Systems der Differenzierungen, das dem Einwirken auf das Handeln der anderen Subjekte zugrunde liegt, zweitens der Typen von Zielen, die verfolgt werden, drittens der instrumentellen Modalitäten, d.h. ob Macht durch Drohungen, Gewalt, Kontrollmechanismen, Überwachung, mehr oder weniger expliziten und mehr oder weniger veränderlichen Regeln etc. ausgeübt wird, viertens der Formen der Institutionalisierung und fünftens der Grade der Rationalisierung, mit denen Macht ausgeübt wird. Die vorliegende Arbeit konzentriert sich im Wesentlichen auf den ersten Punkt, dem System von Differenzierungen und der damit einhergehenden Produktion von Bedeutung.

Machtausübung besteht folglich bei Foucault wesentlich in der Schaffung von Wahrscheinlichkeiten und Möglichkeiten des Sich-Verhaltens. Diesem Sich-Verhalten geht jedoch die diskursive Produktion von Denk- und Sagbarkeitsfeldern voraus, denn in einer Gesellschaft kann nur das gedacht und gesagt werden, was als denk- oder sagbar erscheint. Diskurse können in diesem Sinne als Elemente eines kulturellen Archivs (vgl. Bublit 2003: 59) verstanden werden, in dem die Regeln der Wissensbildung, der Wirklichkeitskonstruktion und der Praktiken einer Kultur festgelegt sind. Soziale Wirklichkeit erscheint deswegen diskurstheoretisch als Verselbständigung konstruktiver Prozesse (vgl. Bublit 2001: 226). In der Produktion von Subjekten, Kollektiven, Gegenständen und Werten konstituieren und verschieben sich gesellschaftliche Machtverhältnisse. Aus diesem Grund ist die Produktion von Bedeutung Gegenstand sozialer Kämpfe, die zugleich Kämpfe um das Vorrecht auf legitime Klassifizierung und Gliederung der sozialen Welt sind.

Die grundlegende Form der Machtausübung ist die Durchsetzung eines Systems von Differenzierungen, das zugleich die Bedingungen und die Wirkung der Macht ist. Hierzu gehört auch die (alltägliche) Macht, das Individuum nach Kategorien einzuteilen, ihm eine Identität aufzuprägen und es an ein bestimmtes Gesetz des Wissens und der Wahrheit zu binden, das es anerkennen

muss und das andere an ihm anerkennen müssen und das aus Individuen *Subjekte* macht (vgl. Foucault 1994: 246).

Das Subjekt, das der Diskurs produziert und welches wiederum Aussagen tätigt, grenzt Foucault deutlich von tatsächlichen Personen ab: „Man darf sich also das Subjekt der Aussage nicht als mit dem Autor der Formulierung identisch vorstellen, weder substantiell noch funktional“ (Foucault 1981: 138). Das Subjekt der Aussage kann treffender mit dem Begriff der Subjektposition beschrieben werden, als ein determinierter und leerer Platz, der von verschiedenen Individuen ausgefüllt werden kann. Diese Subjektpositionen gilt es im Rahmen einer Diskursanalyse zu bestimmen, genauer geht es darum zu bestimmen, welche Position jedes Individuum in einem Diskurs einnehmen kann und muss, um als Subjekt des Diskurses sprechen zu können.

1.2.2 Subjektkonstitution und Identitätsproduktion

Wie kommen die Individuen dazu, die Gliederung der sozialen Welt anzuerkennen, zu bestätigen und damit ihre eine individuelle und kollektive Identität auszubilden? Butler verweist darauf, dass Identität eine Bezeichnungspraxis ist; das bedeutet, dass kulturell intelligible Subjekte als Effekt eines regelgebundenen Diskurses zu begreifen sind, der sich durch permanente sprachliche Wiederholung einschreibt. Das Subjekt konstituiert sich als Folgeerscheinung bestimmter regelgeleiteter Diskurse, die Identität durch intelligible Anrufungen anleiten. Damit ist nicht gemeint, dass Subjekte durch die Regeln, die die Diskurse erzeugen, determiniert sind. Der Bezeichnungsakt ist nicht als einmaliger und fundierender Akt zu verstehen, sondern eher als ein regulierender Wiederholungsprozess. Diese Wiederholung kann und muss variieren und in der Möglichkeit zur Variation ist auch die Handlungsmöglichkeit angesiedelt. Das bedeutet auch, dass Veränderungen nur innerhalb des Verfahrens repetitiver Bezeichnung möglich sind. Die Frage ist daher nicht mehr ob, sondern wie Bezeichnungsakte wiederholt werden und wie sie sich im Rahmen der Wiederholung verschieben (vgl. Butler 1991: 212ff). Ausgehend von Foucault beschreibt Butler den Zusammenhang zwischen Subjekt und Macht wie folgt:

„Die Macht wirkt auf mindestens zweierlei Weise auf das Subjekt ein: erstens als das, was das Subjekt ermöglicht, als Bedingung seiner Möglichkeit und Gelegenheit seiner Formung, und zweitens als das, was vom Subjekt aufgenommen und im ‚eigenen‘ Handeln des Subjekts wiederholt wird.“ (Butler 2001: 18)

Damit bezeichnet der Begriff der Macht erstens etwas, das dem Subjekt immer vorgängig und außerhalb seiner selbst von Anfang an wirksam ist und zweitens eine gewollte Wirkung des Subjekts. Das Subjekt muss, um Subjekt werden zu können und sich damit in seine soziale Umwelt einzufügen, (s)eine Bezeichnung annehmen; erst durch die Annahme von sozialen Zuweisungen, wie etwa von Geschlecht, Nationalität etc., wird es zu einem Subjekt und kann erst dann als Subjekt (in der Sprache) sprechen. Diese Akte der Annahme oder Anerkennung bezeichnet Butler als Identifizierungsprozess mit Normen, und diese Identifizierungen gehen der Bildung eines Subjekts voraus und ermöglichen sie. Auch die Identifizierung ist niemals abgeschlossen und bedarf der unaufhörlichen Wiederherstellung (vgl. Butler 1997: 40, 152).

1.2.3 Diskursive Strategien als Interventionen im „Kampf um die Deutungsmacht“

Michael Schwab-Trapp verbindet die Überlegung, dass Diskurse verbindliche Deutungen für soziale und politische Ereigniszusammenhänge produzieren mit der Annahme, dass diese Deutungen in Konflikten entwickelt werden (vgl. Schwab-Trapp 2001: 261f).

Eine Diskursanalyse untersucht dabei nur einen engen Bereich gesellschaftlicher Bedeutungsproduktion: die öffentlich zur Diskussion gestellten Deutungsangebote (vgl. Schwab-Trapp 2002: 68). Alle Aspekte sozialer Wirklichkeit, die nicht in öffentlichen Auseinandersetzungen erscheinen, entgehen der Diskursanalyse systematisch. Untersucht werden ausschließlich die öffentlich diskutierten und miteinander konkurrierenden Deutungsangebote und der Prozess ihrer Institutionalisierung zu kollektiv geteilten Deutungsvorgaben. Da auch die kulturelle Identität einer Gesellschaft nichts anderes als ein historisch gewachsenes Ensemble von Identitätsdiskursen darstellt, kann davon ausgegangen werden, dass auch dieses Ensemble in öffentlichen Konflikten produziert

und reproduziert wurde, in denen die Akteur/innen dieser Auseinandersetzung um die Definition der Identität kämpfen (vgl. ebenda: 28). In dieser öffentlichen Auseinandersetzung sind die Diskurse der politischen kulturellen Eliten von eminenter Bedeutung, da sie die größte Machtwirkung entfalten.

Einsätze im „Kampf der Interpretationen“ um die legitime Sichtweise sozialer und politischer Ereignisse und Handlungszusammenhänge sind die Diskursbeiträge individueller und kollektiver Akteur/innen (vgl. Schwab-Trapp 2001: 273). Jeder Diskursbeitrag interveniert bis zu einem gewissen Grad in das Sagbarkeitsfeld und beeinflusst dadurch die soziale Deutung, Wahrnehmung und Kategorisierung. Diskursbeiträge nehmen dabei die Form diskursiver Strategien an, indem sie sich in ein Feld diskursiver Aussagen einschreiben, indem sie als Instrumente von den Akteur/innen benutzt werden, um legitime Sichtweisen zu institutionalisieren und konkurrierende Deutungsangebote abzuwerfen und indem sich die Autor/innen mit ihren Beiträgen im politischen Raum verorten.

Wenn die Produktion und Transformation von Aussagefeldern ein konfliktueller Prozess ist¹¹, dann kann man sie intern in konkurrierende Deutungsangebote und deren Trägergruppen unterteilen. Diese Trägergruppen konkurrierender Deutungen bezeichnet Schwab-Trapp als Diskursgemeinschaften (vgl. ebenda: 270ff). Diskursformationen bestehen aus einer unüberschaubaren Menge diskursiver Beiträge, in denen sich die verschiedenen Diskurse empirisch manifestieren. Und es sind diese, von individuellen oder kollektiven Akteur/innen vorgetragenen Beiträge, die im Rahmen einer Diskursanalyse untersucht werden. Diskursgemeinschaften besitzen in der Regel Wortführer/innen, die sie in der Öffentlichkeit vertreten, Forderungen stellen und Deutungsangebote für soziale und politische Handlungszusammenhänge

11 Dass Aussagefelder in konfliktuellen Prozessen erzeugt werden, steht in keinem widersprüchlichen Verhältnis zu ihrer Homogenität, die sich auf die Regeln der Generierung von Aussagen bezieht, nicht auf die Übereinstimmung ihrer Inhalte. Das heißt, dass auch zwei kontradiktorische Aussagen demselben homogenen Aussagefeld angehören können.

entwerfen. Diese Wortführer/innen können sowohl gewählte Vertreter/innen sein als auch einzelne Individuen, die von der Diskursgemeinschaft explizit oder implizit als Repräsentant/innen akzeptiert werden, wie Intellektuelle oder andere bekannte Persönlichkeiten. Entscheidend ist der Besitz von symbolischem Kapital an öffentlicher Anerkennung, das diese „diskursiven Eliten“ in der öffentlichen Auseinandersetzung einsetzen können. Die Höhe des symbolischen Kapitals ist unter anderem an der Rezeption bestimmter Aussagen erkennbar.

Schwab-Trapp nennt vier Charakteristika diskursiver Eliten (vgl. ebenda: 272). Sie können erstens Öffentlichkeit herstellen, Themen forcieren, Diskurse initiieren sowie deren Verlauf beeinflussen und tragen damit zur Institutionalisierung neuer oder zur Veränderung bestehender kollektiver Sichtweisen bei. Diskursive Eliten repräsentieren in der Regel zweitens diskursive Gemeinschaften oder werden in der öffentlichen Wahrnehmung solchen Gemeinschaften zugeordnet. Deswegen können ihre Beiträge als Indikatoren für politischen und kulturellen Wandel in Gesellschaften gelesen werden. Beiträge diskursiver Eliten sind drittens Bezugspunkte für die Beiträge anderer Diskursteilnehmer/innen. Und viertens wird das symbolische Kapital der diskursiven Eliten von anderen Teilnehmer/innen genutzt, um ihre Beiträge mit dem Verweis auf externe Autoritäten ebenfalls mit symbolischem Kapital aufzuladen.

Hiervon ausgehend werde ich mich für die Analyse des allgemeinen Diskurses über europäische Identität auf die Beiträge diskursiver Eliten stützen. Eine öffentliche Diskussion um europäische Identität findet im Wesentlichen in den Feuilletons der großen Tages- und Wochenzeitungen sowie in den Geistes- und Sozialwissenschaften statt. Andere Massenmedien wie Radio oder Fernsehen greifen das Thema nur selten auf. Bei einer näheren Betrachtung der geistes- und sozialwissenschaftlichen Literatur und der Feuilletons fällt auf, dass es häufig dieselben Schriftsteller/innen, Journalist/innen, Philosoph/innen und Politiker/innen sind, die sowohl in den Feuilletons als auch in wissenschaftlichen Publikationen Bestimmungsversuche einer europäischen Identität unternehmen. Im Gegensatz zu vielen anderen politisch relevanten Themen ist bei der Thematik der europäischen Identität eine enge Verschränkung des journalistischen und des wissenschaftlichen Feldes auszumachen. Auf eine starke Verschränkung

kann jedoch nicht nur aufgrund der hohen Personalunion in beiden Feldern geschlossen werden, sondern auch aufgrund der relativen Austauschbarkeit der Argumente in beiden Feldern. Zwar sind die Argumentationen im wissenschaftlichen Feld erwartungsgemäß erheblich elaborierter, im Wesentlichen sind jedoch die Aussagen des wissenschaftlichen Feldes – wenn auch in deutlich verkürzter Form – in den Feuilletons wiederzufinden. Aus diesen Gründen werden beide Felder zusammen analysiert.

1.3 Überlegungen zur empirischen Erfassbarkeit von Diskursen

Diskurse unterscheiden sich untereinander durch die Regeln der durch sie vorgenommenen Produktion von Gegenständen und Bedeutung. Die verschiedenen Diskurse können zueinander (vgl. Foucault 1981: 98f) in einer Beziehung der Analogie, der Opposition oder der Komplementarität stehen. Letztendlich erhalten auch Diskurse ihre Bedeutung über Prozesse reziproker Abgrenzung. Wenn man davon ausgeht, dass kollektive Identität diskursiv produziert wird und außerdem das Produkt einer Identifikation mit mehreren konfligierenden Identifikationsobjekten bzw. Deutungsangeboten ist, dann stellt sich die Frage, wie sich die Artikulation konkurrierender Vorstellungen zu *einer* privilegierten europäischen Identität konkret vollzieht. Damit verbunden ist die Frage nach der empirischen Erfassbarkeit der Artikulation von Identifikationsobjekten bzw. Deutungsangeboten.

Aus diskurstheoretischer Sicht ist die Aussage die Grundeinheit der Untersuchung. Von Interesse ist jedoch weniger die einzelne Aussage an sich, sondern das Verhältnis der Aussagen zueinander. Bublitz bezeichnet es daher als vorrangige Aufgabe der Diskursanalyse, ein Beziehungsgeflecht von Aussagen zu rekonstruieren, mit dem Ziel, über diese Rekonstruktion der strukturellen Regeln der Aussagen auf die den Diskursen inhärenten Denkschemata und Wissenstypen zu schließen (vgl. Bublitz 2001: 241ff). Eine Aussage ist bei Foucault nicht dasselbe wie ein Satz, eine Proposition oder ein Sprechakt: Diese können Aussagen sein, müssen es aber nicht notwendigerweise. Eine Aussage lässt sich

vielmehr über ihre Funktion bestimmen, die Sätzen, Propositionen oder Sprechakten einen Sinn verleiht (vgl. Foucault 1981: 126).

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit und im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand werden entsprechend unter Aussagen über europäische Identität einzelne oder auch mehrere Sätze, Propositionen oder Sprechakte verstanden, die eine inhaltliche Bestimmung von Europa vornehmen. Alle im Rahmen der Arbeit untersuchten Textkorpora wurden ausschließlich im Hinblick auf die in ihnen enthaltenen Aussagen über europäische Identität – und d.h. in den meisten Fällen quer zu ihren eigentlichen Zielen und Inhalten – gelesen und interpretiert. In Anlehnung an die von Siegfried Jäger entwickelte Kritische Diskursanalyse, ist es die methodische Vorgehensweise der Arbeit, die einzelnen Aussagen zunächst aus den ausgewählten Textkorpora herauszulösen und die solchermaßen gesammelten Aussagen über europäische Identität in einem zweiten Schritt auf die ihnen zugrunde liegenden Regelmäßigkeiten hin zu untersuchen (vgl. Jäger 1999: 195ff).

Diskurse sind homogene Felder von Aussageregelmäßigkeiten (vgl. Foucault 1981: 207ff). Ob eine Aussagehomogenität vorliegt, lässt sich nicht daran erkennen, dass über die Jahrhunderte alle Menschen dasselbe sagen und denken, und auch nicht an einer gewissen Anzahl von Grundsätzen, aus denen alles Übrige als Konsequenz abgeleitet wird. Aussagen bilden in der Diskurstheorie dann homogene Felder, wenn zwischen ihnen eine gewisse Menge von Beziehungen und Interdependenzen besteht, und es ist die Aufgabe einer Diskursanalyse, diese Zusammenhänge darzustellen. Diesen Überlegungen folgend, sucht die Arbeit nach Aussagen über europäische Identität und versucht, die Regeln der Aussagengenerierung herauszuarbeiten und Felder homogener Aussagen zu identifizieren.

1.3.1 Das Problem der Zirkularität

Wo kann eine Diskursanalyse ansetzen? Wie kann sie einen Ausgangspunkt in einer unbestimmbaren Menge an Aussagen finden? Da eine diskursive Einheit erst aus einem komplexen Aussagefeld heraus konstruiert wird, ist sie das Ergebnis der Analyse und nicht ihr Ausgangspunkt. Ziel von Diskursanalysen ist die Identifizierung von Diskursen, ihre Beschreibung und das Aufzeigen der Regeln ihrer Aussagengenerierung. Da die Diskurse nicht

zwangsläufig entlang der großen wissenschaftlichen Disziplinen und Thematiken verlaufen, sondern häufig quer zu diesen liegen, müssten theoretisch zunächst alle gegebenen und evident erscheinenden Einheiten, Kontinuitäten und Kategorien hinterfragt und aufgelöst werden, um aus den Aussagemengen die Diskurse identifizieren zu können:

„Hat man diese unmittelbaren Formen der Kontinuität einmal suspendiert, findet sich in der Tat ein ganzes Gebiet befreit. Ein immenses Gebiet, das man aber definieren kann: es wird durch die Gesamtheit aller effektiven Aussagen (*énonces*) (ob sie gesprochen oder geschrieben worden sind, spielt dabei keine Rolle) in ihrer Dispersion von Ereignissen und in der Eindringlichkeit, die jedem eignet, konstituiert. Bevor man in aller Gewißheit mit einer Wissenschaft oder mit Romanen, mit politischen Reden oder dem Werke eines Autors oder gar einem Buch zu tun hat, ist das Material, das man in seiner ursprünglichen Neutralität zu behandeln hat, eine Fülle von Ereignissen im Raum des Diskurses im allgemeinen.“ (Foucault 1981: 41)

Sind alle vorherigen Kategorisierungen aufgelöst, dann soll die dadurch nun offen liegende Gesamtheit von Aussagen untersucht werden, indem man die Bedingungen der Existenz der Aussagen bestimmt, ihre Grenzen fixiert, ihre Korrelationen mit anderen Aussagen aufstellt, die mit ihnen verbunden sein könnten, um zu zeigen, welche Formen der Aussagen ausgeschlossen sind. Dass die Umsetzung dieser Forderung kaum praktikabel erscheint, sieht auch Foucault selbst und schlägt vor, bei der Analyse zunächst von einem Bezugspunkt auszugehen und diesen dann im Laufe der Analyse gegebenenfalls zu verwerfen (vgl. ebenda: 43ff).

Die Schwierigkeit einer Untersuchung, die auf das von Foucault vorgeschlagene Hilfsmittel eines Bezugspunktes zurückgreift, besteht darin, mit der Auswahl der Bezugspunkte nicht im Voraus den Diskurs zu organisieren, den man zu analysieren beabsichtigt (vgl. Foucault 1981: 38ff). Da der/die Analytiker/in nicht außerhalb des Diskurses steht, sondern Teil desselben ist, scheint es unmöglich, ohne diskursiv produzierte Ordnungs- und Analyse-kategorien an den zu untersuchenden Diskurs heranzutreten. Hieraus ergibt sich die Gefahr, dass eine Diskursanalyse nur die

gängigen Evidenzen eines Diskurses reproduziert, statt die Regeln seiner Generierung offen zu legen. Einen Ausweg aus dieser Zirkularität, den Foucault – so Rainer Diaz-Bone – selbst andeutet, ist eine vergleichende Untersuchung von Diskursformationen und die Analyse der Diskurse im Kontext institutioneller Praktiken. Dieser Vergleich kann sowohl aus einer synchronen als auch in einer diachronen Perspektive erfolgen oder auch aus beiden. Methodologisch muss diese Analyse nach Diaz-Bone von einer theoretischen Fragestellung ausgehen, mit der ein Anwendungsfeld für die Diskurstheorie definiert werden kann. Die Einbeziehung eines Kontextes in die Untersuchung ermöglicht es, der Analyse eine Richtung zu geben, ohne die Diskurse als abhängige Praktiken anzusehen. All diese Überlegungen finden vor dem Hintergrund statt, dass es kein Außerhalb des Diskurses gibt (vgl. Diaz-Bone 2002: 191ff).

1.3.2 Die Feldanalysen Pierre Bourdieus als Ausgangspunkt für Diskursanalysen

Da eine nicht im vorneherein eingeschränkte Herangehensweise an Aussagemengen auch den Rahmen der vorliegenden Arbeit bei weitem übersteigt, möchte ich, ausgehend von einer gewissen Deckungsgleichheit zwischen Pierre Bourdieus Konzeption sozialer Felder und Michel Foucaults Beschreibung regelgeleiteter diskursiver Praxis, die empirischen Untersuchungen Bourdieus als Ausgangs- und Bezugspunkt für die Analyse von Diskursen heranziehen.

Ebenso wie die Diskurstheorie verbindet auch Bourdieu den Kampf um die Durchsetzung legitimer Vorstellungen gesellschaftlicher Ordnung – und das heißt auch um die Verteilung des symbolischen Kapitals – mit dem Kampf um die Durchsetzung von bestimmten Kategorisierungsschemata und damit um die symbolische Macht, die Dinge zu benennen. Kollektive Subjekte wie Ethnien, Nationen oder auch Kulturen¹² sind Produkte dieses sprachlichen und symbolischen Klassifizierungskampfes und bilden die Basis für die Durchsetzung legitimer gesellschaftlicher

12 Für den Zusammenhang zwischen Ethnos, Nation und Kultur vgl. Leggewie (1996: 46ff).

Machtverteilung. Auf sprachlicher Ebene sind kollektive Identitäten Gegenstände mentaler Repräsentationen wie etwa Wahrnehmungs- und Bewertungs-, Erkenntnis- und Anerkenntnisakte. Auf symbolischer Ebene werden diese Kategorien vorrangig an gegenständlichen Repräsentationen wie etwa Emblemen, Fahnen und Insignien festgemacht. Zu den gegenständlichen Repräsentationen zählt Bourdieu auch künstlerische Artefakte wie literarische Werke, Gebäude oder Bilder. Die mentalen Repräsentationen und die gegenständlichen Repräsentationen stehen zueinander in einem reziproken bedeutungsproduzierenden und -reproduzierenden Verhältnis. Kollektive Identität entsteht als Folge von den als legitim durchgesetzten Gliederungen der sozialen Welt und ihren gegenständlichen Darstellungen. Ziel ist die Durchsetzung von Prinzipien sozialer Gliederungen und mit ihnen von bestimmten Vorstellungen, die als verbindliche Vorstellungen einer sozialen Gruppe dieser einen Sinn und einen Konsensus über den Sinn, vor allem aber über die Identität und Einheit der Gruppe geben können. Bei den Kämpfen um Identität geht es dementsprechend immer um die Durchsetzung von Wahrnehmungen und Wahrnehmungskategorien. Die Identität der sozialen Gruppe ist umso fester und erscheint damit umso natürlicher, je vollkommener die Übereinstimmung zwischen dem der sozialen Welt zugesprochenen Sinn und den Prinzipien der sozialen Gliederung ist (vgl. Bourdieu 1990: 71ff). Je mehr also die Vorstellung über Europa auch der sozialen Grenzziehung von Europa entspricht, desto natürlicher erscheint eine kollektive europäische Identität.

Im Vergleich dazu sind Diskurse einerseits Gegenstände von Konflikten, weil sie soziales und politisches Handeln legitimieren, indem sie Deutungsvorgaben für politische und soziale Ereignis- und Handlungszusammenhänge produzieren. Wie Foucault hervorhebt, ist der Diskurs „dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, derer man sich zu bemächtigen sucht“ (Foucault 1991: 11). Zum anderen sind Diskurse öffentliche Güter, die nur in der öffentlichen Auseinandersetzung produziert werden können. Nur öffentlich diskutierte und innerhalb einer mehr oder weniger breiten Öffentlichkeit angenommene Deutungsangebote können als Deutungsvorgaben funktionieren. Wenn alle wortlos die gleiche Überzeugung teilen, muss diese nicht ausgesprochen werden – und kann es streng genommen auch gar nicht.

Die Arenen öffentlicher diskursiver Auseinandersetzung bezeichnet Schwab-Trapp in Anlehnung an Bourdieu als „Diskursfelder“ (vgl. Schwab-Trapp 2001: 268). Während jedoch Bourdieu die Felder vorrangig nach den in ihnen vorherrschenden und anerkannten Machtmitteln – im Wesentlichen die Kapitalarten des ökonomischen, kulturellen und sozialen Kapitals – unterscheidet¹³ sowie nach den Spielregeln, die über den richtigen Einsatz der Kapitalien entscheiden, tritt bei einer Diskursanalyse meines Erachtens die Produktion symbolischer Ordnung in den Vordergrund. Diese symbolische Ordnung bezeichnet Bourdieu als symbolische Macht oder auch als symbolisches Kapital. Symbolisches Kapital wird von Bourdieu in manchen Zusammenhängen¹⁴ als eigenständige Kapitalsorte behandelt, in der Regel tritt es jedoch im Zusammenhang mit den anderen Kapitalsorten, als deren legitim anerkannte Form auf. Es ist das symbolische Kapital, das eine gesellschaftliche Ordnung und ihre spezifischen Formen von Machtverteilung als legitim ausweist und sie in diesem Prozess der Anerkennung naturalisiert:

„Das symbolische Kapital ist eine beliebige Eigenschaft (eine beliebige Kapitalsorte, physisches, ökonomisches, kulturelles, soziales Kapital), wenn sie von sozialen Akteuren wahrgenommen wird, deren Wahrnehmungskategorien so beschaffen sind, daß sie sie zu erkennen (wahr-

13 Bourdieus (1993: 107ff) Feldtheorie beruht auf der Hypothese, dass zwischen allen Feldern strukturelle und funktionale Homologien existieren. Felder stellen sich als Räume dar, die in ihrer Struktur von den eingenommenen Positionen im Sozialraum abhängen und unabhängig von den Merkmalen ihrer Inhaber untersucht werden können. Als ein System objektiver Beziehungen konstituieren sie den Konkurrenzraum. Der Feldbegriff ermöglicht sowohl eine interne als auch eine externe Analyse. Indem die unterschiedlichen Felder in den jeweiligen Konfigurationen mit vergleichender Methode untersucht werden, kann – so Bourdieu – jedes Feld in seiner konkreten Einzigartigkeit aufgefasst und gleichzeitig die invarianten Eigenschaften aller Felder erfasst werden. Die allgemeinen Mechanismen, die Bourdieu mit einem System von Begriffen wie Kapital, Investition, Zins, Habitus usw. beschreibt, nehmen in jedem Feld spezifische Formen an.

14 Als eigenständige Kapitalsorte taucht das symbolische Kapital vor allem in seinen frühen Studien über die Gesellschaft der Berber auf (vgl. Bourdieu 1979: 335ff; 1997a: 205ff).

zunehmen) und anzuerkennen, ihr Wert beizulegen, imstande sind.“ (Bourdieu 1998: 108)

Die Feldtheorie Bourdieus weist noch weitere Anschlussstellen für die Diskurstheorie auf. Bourdieu beschreibt Felder als Sagbarkeitsfelder, in denen jeder Ausdruck einen Kompromiss zwischen einem *Ausdrucksinteresse* und einer *Zensur* darstellt, die in der Struktur des Feldes besteht, in dem dieser Ausdruck angeboten wird (vgl. Bourdieu 1993: 131ff). Es ist die konstitutive Struktur des jeweiligen Feldes, die festlegt, was in einem bestimmten Feld zu einer bestimmten Zeit gesagt werden kann, und vor allem auch: wie es gesagt werden kann, damit es gehört wird. Das in einem bestimmten Feld Sagbare ist das Ergebnis von etwas, das Bourdieu *Formgebung* nennt. Diese Formgebung bildet für ihn das spezifische Merkmal eines Diskurses¹⁵, womit Bourdieu – wie Foucault – den Fokus vom Inhalt des Gesagten auf die Art und Weise, das heißt auf die Bedingungen der Möglichkeit, etwas zu sagen, verschiebt. Felder fungieren bei Bourdieu als Zensur, indem sie eine bestimmte Struktur der Distribution einer bestimmten Art Kapital darstellen. In ein Feld einzutreten erfordert, sich in eine bestimmte Struktur einzuordnen: die Distributionsstruktur des Kapitals. Ohne im Feld von der Gruppe zum Sprechen autorisiert zu sein – mit anderen Worten, ohne über feldspezifisches symbolisches Kapital an Anerkennung zu verfügen, das sich vor allem im Besitz von Autorität ausdrückt – ist es nicht möglich, das Wort zu erhalten. Bourdieu schreibt: „Das Feld schließt zwei Dinge aus: das, was bei gegebener Distributionsstruktur der Ausdrucksmittel nicht gesagt werden kann, also das Unsagbare, und das, was sehr wohl und fast allzu leicht gesagt werden könnte, aber zensiert ist, also das Unnennbare“ (Bourdieu 1993: 133).

Diese Trennung zwischen dem Unsagbaren und dem Unnennbaren findet ihre Entsprechung in der Unterscheidung Foucaults zwischen internen und externen Prozeduren, um den Dis-

15 In den Ausführungen Bourdieus wird nicht deutlich, ob er den Diskursbegriff im Sinne Foucaults verwendet. Auf ein solches Diskursverständnis deuten jedoch die Betonung der Formgebung, der Einschluss des Schweigens und der Verweis auf die Wirklichkeitskonstitution sprachlicher Akte hin.

kurs zu kontrollieren (vgl. Foucaults 1991: 15ff). Nach Foucault muss etwas „im Wahren sein“, das heißt es muss sich bereits im Denk- und Sagbarkeitsfeld befinden, bevor es als wahr oder falsch bezeichnet werden kann. Aber auch wenn eine Aussage innerhalb des Sagbarkeitsfeldes getätigt wird, unterliegt sie noch den Prozeduren der internen Kontrolle, den Regeln der Hervorbringung von Aussagemodalitäten. Dies sind Prozeduren, die ihre Wirkung sowohl bei Bourdieu (vgl. Bourdieu 1993: 133f) wie nach Foucault (vgl. Foucault 1991: 17) entfalten, indem sie als Klassifikations-, Anordnungs- und Verteilungsprinzipien von Aussagen wirken.

Wie gezeigt wurde, sind es bei Bourdieu die Regeln eines bestimmten Feldes, die zum einen bestimmen, was und vor allem wie etwas gesagt werden kann, damit es gehört wird und zum anderen, welche Wirkung eine getätigte Aussage, bedingt durch die Verteilung des spezifischen symbolischen Kapitals im Feld, erzielt. Nimmt man die von Bourdieu ermittelten Regeln der Aussageproduktion eines bestimmten Feldes als Bezugspunkt und Vergleichsmoment für eine Diskursanalyse der europäischen Identitätskonstruktion, wie sie im Rahmen der EU-Kulturpolitik forciert wird, dann können aufgrund der empirischen Ergebnisse Bourdieus die Fragen beantwortet werden, wie sich im Feld der kulturellen Produktion die Struktur des „Sagbaren“ gestaltet, welche Regeln der kulturellen und künstlerischen Produktion und Rezeption in modernen Gesellschaften zugrunde liegen, in welcher Form die Kulturpolitik historisch diese Regeln beeinflusst hat und unter welchen Bedingungen kulturelle Artefakte zu Repräsentationen und Identifikationsobjekten kollektiver Identität werden können.

Im Folgenden werden außerdem die kunstsoziologischen Theorien und Analysen Bourdieus herangezogen, um das Verhältnis von Kunst und Gesellschaft, den staatlichen Einfluss von Kulturpolitik auf das Verhältnis von Kunst und Gesellschaft und den Zusammenhang von Kunst und kollektiver Identität zu beschreiben sowie die europäische Kulturpolitik im Zusammenspiel von Kunst, Ökonomie und kollektiver Identität zu verorten. Die Ergebnisse dieser theoretischen Verortungen bilden den Ausgangspunkt für die Durchführung der Diskursanalysen in den folgenden Kapiteln.

1.4 Planung und Aufbau der Untersuchung

Diaz-Bone schlägt vor, das methodologische Problem, wie die zu untersuchende Datenmenge sinnvoll eingegrenzt werden kann, pragmatisch zu lösen: Indem Diskursformationen erstens im Kontext institutioneller Praktiken und zweitens vergleichend untersucht werden, könne der Gefahr entgegengewirkt werden, den Diskurs mit seinen Gesetzmäßigkeiten schlicht zu reproduzieren. (vgl. Diaz-Bone 2002: 191ff).

Die vorliegende Arbeit geht davon aus, dass die Europäische Union eine mächtige diskursive Elite darstellt, die den Diskurs um die europäische Identität maßgeblich prägt. Da ferner unterstellt wird, dass die Aufgabe, ein breites Gemeinschaftsgefühl zu schaffen, neben der Bildungspolitik, die sich primär an Jugendliche und Studierende richtet, im Wesentlichen der Kulturpolitik zugewiesen wird, scheint eine Analyse der Identitätspolitik am Beispiel der EU-Kulturpolitik nahe liegend.

Dem Vorschlag folgend, Diskursformationen im Kontext institutioneller Praktiken vergleichend zu untersuchen, werden als vergleichende Bezugspunkte für eine Analyse zwei institutionelle Praktiken innerhalb der EU-Kulturpolitik ausgewählt: Erstens eine *kulturpolitisch-legislative Praktik*, nämlich die Verabschiedung von kulturpolitischen Beschlüssen und Programmen durch die politischen EU-Institutionen (Europäisches Parlament, Kommission und Rat), und zweitens eine *kulturpolitisch-künstlerische Praktik*, nämlich die konkrete Umsetzung dieser Beschlüsse und Programme.

Mit der Analyse der *kulturpolitisch-legislativen Praktik* soll die Bandbreite der Aussagen über europäische Identität seitens der politischen EU-Institutionen erfasst werden. Diese Ebene ist relevant, weil sie sowohl Aufschluss über die Ziele der politischen EU-Organe als auch Einsicht in die der Politik zugrunde liegenden Annahmen über den Zusammenhang von europäischer Integration und europäischer Kultur geben kann.

Die *kulturpolitisch-legislative Praktik* umfasst als Grundgesamtheit alle die Kulturpolitik betreffenden Schriftstücke, die vom Europäischen Parlament, von der Kommission und vom Rat erstellt wurden. Hierzu gehören alle Stellungnahmen, Vorschläge, Beschlüsse, Tagungsprotokolle und Kulturprogramme, die zusammen einen Materialkorpus von mehreren tausend Seiten ergeben.

Da eine Auswertung dieses umfangreichen Korpus den vorgesehen Zeitrahmen sprengen würde, werden ausschließlich die *geltenden* Rechtsakte für die Analyse herangezogen. Die Gründe für die Auswahl liegen in der Bedeutung dieser Dokumente und in dem Verfahren ihres Zustandekommens: Erstens stellen sie die wichtigsten Dokumente dar und zweitens sind an ihrem Wortlaut sowohl die Kommission als auch der Rat und das Parlament beteiligt. Sie spiegeln aus diesem Grund die Meinung der drei bedeutendsten politischen Organe der Europäischen Union wider. Da es sich darüber hinaus ausschließlich um aktuell geltende Rechtsakte handelt, kann weiter davon ausgegangen werden, dass in den Rechtsakten die gegenwärtige Einstellung der politischen Organe über die Aufgaben einer gemeinsamen europäischen Kulturpolitik zum Ausdruck kommt. Die geltenden Rechtsakte bilden einen Korpus von 59 Dokumenten, die alle im Rahmen der empirischen Analyse ausgewertet werden. Eine detaillierte Darstellung der geltenden Rechtsakte mit ihren Inhalten und Zielen erfolgt in *Kapitel 2*. Eine allgemeine Übersicht über die Häufigkeit von Bezügen auf europäische Kultur und Identität in den Rechtsakten seit 1975 befindet sich im Anhang (vgl. Graphik 3: 303).

Zu den *kulturpolitischen Praktiken* der Europäischen Union zählen vor allem die Kulturförderungsprogramme „Ariane“ (Buch und Lesen), „Kaleidoskop“ (künstlerische und kulturelle Aktivitäten mit europäischer Dimension) und „Raphael“ (europäisches Kulturerbe), die ins Leben gerufen wurden, um den mit Artikel 128 festgelegten Kulturauftrag im Vertrag von Maastricht umzusetzen. Alle drei Programme wurden im Jahr 2000 von dem Programm „Kultur 2000“ abgelöst, das seit diesem Zeitpunkt das einzige Kulturförderungsprogramm der Europäischen Union bildet. Eine ausführliche Darstellung der Inhalte und Ziele der verschiedenen Programme erfolgt in *Kapitel 2*. Seit dem Vertrag von Maastricht ist außerdem die prinzipielle Berechtigung geschaffen worden, für Kulturprojekte Gelder im Rahmen der allgemeinen Strukturfonds zu beantragen. Da sie dort jedoch ihre ökonomische Relevanz belegen müssen, wird dieser Weg der Finanzierungsförderung nur selten in Anspruch genommen.

Die Verteilung der von der Kommission für Bildung und Kultur geförderten Kulturprojekte nach Jahren und Programmen gestaltet sich wie folgt:

Tabelle 1: EU-Kulturförderprogramme

Pro- gramm ----- Jahr	Kalei- doskop	Raphael	Ariane	Kultur 2000	Summe
1994	155	---	---		155
1995	144	---	85		229
1996	124	144	139		407
1997	128	92	184		404
1998	147	75	292		514
1999	119	58	291	55	523
2000				219	219
2001				200	200
2002				224	224
2003				201	201
2004				233	233
Summe	817	369	991	1132	3309

Anzahl und Verteilung der von den EU-Kulturförderungsprogrammen „Kaleidoskop“, „Raphael“, „Ariane“ und „Kultur 2000“ unterstützten Projekte.¹⁶

Die Art der geförderten Projekte ist äußerst unterschiedlich. Bedingung für die Förderung ist eine Beteiligung von mindestens drei bzw. ab dem Jahr 2000 mindestens fünf Institutionen aus verschiedenen europäischen Ländern und in der Regel eine finanzielle Eigenbeteiligung von 50 % der entstehenden Kosten. Die Projekte variieren von kleineren Theaterprojekten bis hin zu Festivals mit hoher internationaler Anerkennung.

16 Pressemitteilungen der EU, die die Kulturpolitik betreffen, sowie Kurzbeschreibungen der Projekte werden für die Jahre 2000-2004 auf dem EU-Server (www.europa.eu.int/comm/culture/eac/culture/2000/project_annuel/projects1_en.html) bereitgestellt.

Die Kurzbeschreibungen der Projekte für den Zeitraum 1994 bis 1999 werden auf Anfrage von der Kommission für Bildung und Kultur verschickt. Sie sind i.d.R. nicht digitalisiert und daher nicht im Internet einzusehen.

Da eine Analyse aller geförderten Projekte zu viele Ressourcen gebunden hätte, wird die *kulturpolitisch-künstlerische Praktik* anhand zweier Fallbeispiele untersucht. Ausgewählt wurden zwei europäische Kulturhauptstädte, und zwar Salamanca, das im Jahr 2002 zusammen mit Brügge Kulturhauptstadt Europas war, und Graz, das 2003 den Titel allein für sich reklamieren konnte. Die Kulturhauptstädte Europas gehören zu den publikumswirksams-ten Veranstaltungen, die im Rahmen der EU-Kulturpolitik gefördert werden, was die Annahme nahe legt, dass sie auch die größte identitätspolitische Wirkung erzielen. Die Entscheidung, die Städte Graz und Salamanca zu analysieren, basierte zum einen auf ihrer zeitlich-aktuellen Nähe zum Untersuchungszeitraum der Arbeit. Zum anderen wurde davon ausgegangen, dass beide Städte aufgrund ihrer – zum Untersuchungszeitpunkt – geographischen Lage am Rande der Europäischen Union die Identität Europas im Zusammenhang mit den kulturellen Grenzen Europas und den politischen Grenzen der Europäischen Union thematisieren würden. Diese Annahme hat sich als berechtigt herausgestellt.

Dieser Untersuchungsaufbau ermöglicht es, sowohl die Identitätskonzepte und Europadarstellungen der beiden ausgewählten Kulturhauptstädte miteinander zu vergleichen als auch beide wiederum der legislativen Praxis, konkret den geltenden Rechtsakten zur Kulturpolitik, gegenüber zu stellen.

Da ein Vergleich zwischen zwei Objekten schlussendlich immer eines Maßstabs bedarf, also einer dritten Größe, die als Vergleichsgrundlage dienen kann, soll zunächst eine allgemeine Analyse des thematischen Diskurses über europäische Identität vorgenommen werden. Diese Erstellung einer Vergleichsgrundlage dient damit *nicht* dem Ziel, den allgemeinen Diskurs über europäische Identität in seiner Gesamtheit zu erfassen. Vielmehr sollen die wichtigsten Argumente des Diskurses herausgearbeitet werden, um auf diese Weise einen Überblick über die wichtigsten Diskurspositionen zu bekommen und entsprechend vorhandene sowie fehlende Positionen des kulturpolitischen Diskurses ermitteln zu können. Denn schließlich ist das, was gesagt wird, in einer Diskursanalyse von ebenso großer Wichtigkeit wie das, was nicht gesagt wird.

An dieser Stelle stellt sich jedoch erneut das Problem, wie die Aussagemengen für diesen, nicht an spezifische Institutionen gebundenen Teil der Analyse ausgewählt und eingegrenzt werden können, ohne ein systematisch verzerrtes Ergebnis zu erhalten, das primär die Vorstellungen des/r Fragesteller/in widerspiegelt. Jäger schlägt zur Lösung dieses Problems vor, ein diskursives Sagbarkeitsfeld über ein bestimmtes Thema dann als erfasst anzusehen, wenn die weitere Analyse keine inhaltlichen und formal neuen Erkenntnisse zu Tage fördert. Bezogen auf den Diskurs über europäische Identität würde dies bedeuten, dass der Diskurs dann als erfasst gelten kann, wenn alle wesentlichen Deutungsangebote europäischer Identität aufgezeichnet sind (vgl. Jäger 2001: 101). Diesen Empfehlungen folgend, beschränkt sich die Analyse des allgemeinen Diskurses über europäische Identität auf die Sammlung und Systematisierung der verschiedenen Aussagen über europäische Identität in ihrer Breite. Die Analyse steckt damit das Feld der relevanten Aussagen zur europäischen Identität ab und ermöglicht eine Verortung der kulturpolitischen Aussagen in diesem.

Ziel der Untersuchung des „allgemeinen“ Diskurses über europäische Identität, wie er sich in zahlreichen geistes- und sozialwissenschaftlichen Buchproduktionen und Zeitungsartikeln materialisiert, ist es damit, die getroffenen Aussagen über europäische Identität zu systematisieren. Es gilt, ein Schema von konkurrierenden europäischen Selbstbeschreibungen zu entwickeln, das als Ausgangspunkt und Vergleichsmatrix für die in der Arbeit vorgesehene Analyse der beiden kulturpolitischen Bereiche dienen kann. Darüber hinaus soll das Schema über die Arbeit hinaus die Grundlage für weitere Untersuchungen des europäischen Identitätsdiskurses bilden.

Die Auswahl der für die Analyse herangezogenen Zeitungsartikel erfolgte über die Datenbank *factiva*¹⁷, ergänzt durch eigene Sammlungen für den Zeitraum von Januar 2002 bis Mai 2004. In die Datenbank *factiva* wurden die Suchbegriffe „europä“ „identit“ eingeben, um Artikel in deutscher, englischer und italienischer

17 Die kommerzielle Datenbank *factiva* umfasst ca. 1.500 regionale und überregionale Zeitungen in 22 Sprachen. Für eine detaillierte Übersicht vgl. www.digento.de/titel/101592.html (1.6.2005).

Sprache zu erhalten. Um die Textmenge zu reduzieren, wurde außerdem die Bedingung eingegeben, dass die Begriffe mindestens dreimal pro Artikel auftreten müssen. Außerdem wurde nach Kombinationen der beiden Begriffe mit den Begriffen „balkan“, „türkei“, „turkey“ oder „christ*“ gesucht. Der auf diese Weise erhaltene Dokumentenkörper enthält neben Zeitungsartikeln auch EU-Dokumente, Politikerreden, Aufzeichnungen von Diskussionsrunden sowie Meldungen von Zeitungsagenturen. Nach der Aussortierung aller Artikel, die entweder keine Zeitungsartikel sind oder sich nur am Rande mit dem Thema europäische Identität beschäftigen, erhält man einen Textkörper von ca. 200 Artikeln. Diese wurden um weitere 80 Artikel aus eigener Sammlung ergänzt, die sich primär auf die Feuilletonartikel deutschsprachiger Tages- und Wochenzeitungen aus dem Zeitraum Januar 2002 bis Juni 2004 stützt.

Die verschiedenen Beiträge, die europäische Identität reflektieren und die damit auch in die Auseinandersetzung um die Bestimmung einer europäischen Identität eingreifen, werden im Folgenden als Diskursbeiträge bezeichnet. Es wird weiter davon ausgegangen, dass hinter diesen Beiträgen in der Regel Diskursgemeinschaften stehen, die sich mit den spezifischen Beiträgen identifizieren.

In der Arbeit werden vier formal unterschiedliche Arten von Diskursbeiträgen untersucht: erstens Beiträge zur Diskussion um europäische Identität in den Geistes- und Sozialwissenschaften, zweitens Beiträge in den Feuilletons überregionaler deutsch- und englischsprachiger Tages- und Wochenzeitungen, drittens die gültigen kulturpolitischen Rechtsakte der Europäischen Union und viertens die Veranstaltungsprogramme der beiden Kulturhauptstädte Graz und Salamanca. Da die Beiträge in den Geistes- und Sozialwissenschaften und in den Feuilletons sowohl inhaltlich als auch personell deutliche Parallelen aufweisen und darüber hinaus zwischen diesen Bezugnahmen stattfinden, liegt der Schluss nahe, von einem gemeinsamen Aussagefeld, das diese beiden Textsorten konstituieren, zu sprechen.

Die Rechtsakte und die Veranstaltungsprogramme der Kulturhauptstädte bilden dagegen unterscheidbare Aussagefelder. Inhaltliche Übereinstimmungen sind erwartungsgemäß feststellbar, da es sich bei den Veranstaltungsprogrammen der Kulturhauptstädte schließlich um eine Umsetzung der in den Rechtsak-

ten verankerten Kulturpolitik handelt. Dennoch fehlen explizite Verweise zwischen den Gesetzestexten und dem Bereich der kulturpolitischen Umsetzung fast völlig. Werden jedoch die Beiträge, die in einem Aussagefeld getätigt werden, in einem anderen nicht registriert und diskutiert, deutet dies auf voneinander relativ unabhängige Aussagefelder hin.

In der Arbeit werden demzufolge vier formal unterschiedliche Arten von Diskursbeiträgen untersucht, die drei unterscheidbare Aussagefelder konstituieren. Dass es sich um drei und nicht wie zunächst erwartet um vier relativ unabhängige Aussagefelder handelt, ist ein vorläufiges Ergebnis der Untersuchung, das in *Kapitel 3* belegt wird.

Bei der Durchführung einer Diskursanalyse – oder genauer, bei der Ermittlung des Aussagefeldes, das die verschiedenen Diskursbeiträge generieren – tritt das Problem auf, die Diskursbeiträge aus den verschiedenen Dokumenten herauszuschälen. Denn nicht alle Dokumente – d.h. spezifiziert auf den Untersuchungsgegenstand: nicht jeder Rechtsakt, nicht jeder Programmpunkt im Kulturhauptstadtprogramm, nicht jeder Zeitungsartikel und nicht jede Publikation – sind Diskursbeiträge. Vielmehr enthalten all diese Texte diverse Aussagen, die dann in ihrer Summe das Aussagefeld konstituieren. Aufgabe der empirischen Untersuchung ist es damit, zunächst aus dem oben beschriebenen Dokumentenkorpus die verschiedenen Aussagen zur europäischen Identität zu extrahieren. Dabei wird wie folgt vorgegangen:

Aus dem allgemeinen Diskurs über europäische Identität wie er in der sozialwissenschaftlichen Literatur und in den Zeitungen vorzufinden ist, werden die einzelnen Aussagen darüber, was das Spezifische der europäischen Kultur oder der europäischen Identität sei respektive wer oder was nicht zu Europa gehöre, extrahiert und systematisiert.

Das Ergebnis dieses Analyseschritts ist ein Grundmuster von elf Formen europäischer Selbstbeschreibung. Zu diesen gehört auch die Abgrenzung gegenüber anderen Kollektiven, die durch die Abgrenzung zu den Anderen Europas werden. Bei den europäischen Anderen wird noch einmal zwischen internen und externen Anderen unterschieden. Externe Andere sind diejenigen, gegen die sich Europa klar abgrenzt. Mit ihnen wird die Außen- grenze der Kulturgemeinschaft festgesetzt. Die internen Anderen

sind kulturelle und/oder geographische Teile Europas, die zwar im Rahmen der Selbstbeschreibung implizit oder explizit als Teil Europas angesehen werden, aber über einige der als spezifisch ausgewiesenen Eigenschaften nicht oder nur teilweise verfügen. Die internen Anderen werden auf der einen Seite als zur europäischen Kultur zugehörig betrachtet, auf der anderen Seite wird ihnen jedoch zugleich die vollwertige Zugehörigkeit abgesprochen.

Ziel der Untersuchung der sozial- und geisteswissenschaftlichen Literatur sowie der Feuilletonartikel zum Thema „europäische Identität“ ist die inhaltsanalytische Entwicklung eines Schemas, mit dessen Hilfe die wiederkehrenden Aussagen über europäische Identität dargestellt werden können. Diese systematische Darstellung der verschiedenen „Bilder“ von Europa sowie der mit den verschiedenen Selbstbeschreibungen einhergehenden Abgrenzungen nach außen dient im Verlauf der Arbeit der komparativen Analyse des Europadiskurses und der Einordnung und Kategorisierung verschiedener Positionierungen. In der Arbeit wird das vorliegende Schema primär zur komparativen Analyse des kulturpolitischen Europadiskurses verwendet. Die in der Arbeit entwickelte Systematik ist jedoch über die Arbeit hinaus als Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen europäischer Identität verwendbar.

Das auf diese Weise entwickelte Schema von elf Europabildern und den dazugehörigen internen und externen Anderen dient als Kodierungsmatrix für die Analyse des kulturpolitischen Diskurses. Eine genaue Beschreibung der verschiedenen Europabilder erfolgt in *Kapitel 3*.

Für die systematische Interpretation der beiden kulturpolitischen Praktiken wird folgende methodische Vorgehensweise gewählt: Alle Textpassagen, die eine inhaltliche Aussage über europäische Kultur oder Identität enthalten, werden einem der elf Europabilder zugeordnet. Eine Zuordnung zu mehreren Kategorien ist grundsätzlich möglich. Die auf diese Weise gewonnenen Textpassagen zu bestimmten Europabildern werden zu neuen „Texten“ gruppiert. Soweit die Dokumente digital erhältlich waren, werden sie mit dem Datenanalyseprogramm MaxQDA bearbeitet. Der Schwerpunkt der Interpretation liegt dabei auf den *inhaltlich-ideologischen Aussagen* wie Menschenbild, Gesellschaftsverständnis, Technikverständnis, Kulturbegriff und Zukunftsvorstellungen

sowie auf den *sprachlich-rhetorischen Mitteln* wie Argumentationsstrategien, Anspielungen, Bildlichkeit, Rede und Referenzbezüge.

Für die Ermittlung von Regeln der Aussagegenerierung greift die Arbeit außerdem auf das von Jürgen Link entwickelte System der Kollektivsymbolik zurück, das im Folgenden kurz erläutert wird. Link geht davon aus, dass die verschiedenen thematischen Diskurse durch ein System der Kollektivsymbolik verbunden sind, insofern diese ein Repertoire an Bildern zur Verfügung stellen, mit denen die gesellschaftliche Wirklichkeit gedeutet werden kann (vgl. Link 1982a: 6ff). Bei der Kollektivsymbolik handelt es sich nicht um spontan-kreative, sondern um kulturell-stereotype Produkte, die als Glieder diachronischer Reihen und synchronisierter Zusammenhänge begriffen werden müssen (vgl. Drews/Gerhard/Link 1985: 257). Die Gesamtheit der so genannten Bildlichkeit einer Kultur ist die Gesamtheit ihrer am weitesten verbreiteten Allegorien und Embleme, Metaphern, Exempelfälle, anschaulichen Modelle und orientierenden Topiken, Vergleiche und Analogien. Die Kollektivsymbolik bildet ein System, das in symbolisch-verdichteter und vereinfachter Form das gängige und gültige Bild einer Gesellschaft enthält; Kollektivsymbole sind folglich kulturelle Stereotypen, die einen Zusammenhang, ein System bilden, das in allen Diskursen auftritt. Zwischen den Aussagen stiften Kollektivsymbole Zusammenhänge und überbrücken damit Widersprüche. Die Funktion eines Symbols ist es, eine Einheit zwischen einem aus mehreren Elementen bestehenden Bild und (mindestens) einem aus mehreren Elementen bestehenden Sinn zu bilden. Die verschiedenen Bedeutungen sind dabei nicht zufällig, sondern motiviert miteinander verbunden und die Mehrdeutigkeit des Signifikanten wirkt auf das Signifikat zurück. Dadurch werden Analogiebeziehungen zwischen Signifikant und Signifikat ermöglicht: Die Lokomotive verhält sich zu den Wagons wie der technische Fortschritt zur Demokratie etc. (vgl. Link 1982a: 7). Weil die symbolischen Signifikanten nicht einzeln, sondern erst im Zusammenhang Bedeutung generieren, spricht Link auch von einem synchronen System von Kollektivsymbolen (vgl. Link 1988: 48).

Ein Rückschluss von der Häufigkeit verwendeter Europabilder auf deren Wichtigkeit ist bei den Rechtsakten nur bedingt möglich. Das Problem besteht hier – wie bei anderen qualitativen Text-

analysemethoden – darin, dass dabei inhaltlich zentrale und ausführliche Passagen gleichwertig neben häufig wiederholte Schlagworte gestellt werden. Diese Gleichbewertung zweier Aussagen erscheint jedoch ebenso fragwürdig wie andere willkürliche Gewichtungen etwa von 2:1 oder 1:10. Aus Gründen der Vollständigkeit findet sich Tabelle 5 mit den Häufigkeitsauszählungen der Kodierungen im Anhang (vgl. Tabelle 5: 299ff).

Für die Analyse der beiden Kulturhauptstädte lässt sich eine Häufigkeitsauszählung nicht mehr rechtfertigen, da dort teilweise ganze Veranstaltungszyklen einer Kategorie zugewiesen werden, teilweise aber lediglich Aspekte einzelner Veranstaltungen.

Zum Abschluss noch eine Bemerkung zu der in der Arbeit vorgenommen und vielleicht etwas eigenwillig anmutenden Kombination verschiedener Textsorten zu einem Untersuchungskorpus, der sich von der wissenschaftlichen Literatur über Gesetzestexte bis hin zu „Werbetexten“ in Form von Kulturveranstaltungsprogrammen erstreckt.

Da Diskurse nicht zwangsläufig entlang evident erscheinender Einheiten und Kategorien verlaufen, erscheint mir die Übernahme herkömmlicher Unterscheidungen und Kategorisierungen des herangezogenen empirischen Datenmaterials nach Textsorte, kulturellem Niveau (Hoch- vs. Populärkultur) und Reflexionsniveau (Wissenschafts- vs. Mediendiskurs) nicht sinnvoll. Vielmehr erfordert eine sozialwissenschaftliche Diskursanalyse die systematische Auswertung von Daten aus verschiedenen Quellen (Datentriangulation), um Diskursverläufe jenseits der etablierten Kategorien erfassen zu können. Datentriangulation ist jedoch noch keine etablierte diskursanalytische Forschungspraxis; gängige Forschungspraxis ist es stattdessen, sich auf die Analyse *eines* abgrenzbaren Gegenstands (z.B. eine oder zwei Tageszeitungen, Interviews oder Politikerreden) zu beschränken. Ziel der Arbeit ist es deswegen neben der inhaltlichen Untersuchung des europäischen Identitätsdiskurses auch einen Beitrag zur Etablierung und methodischen Weiterentwicklung der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse zu leisten.